

**Sonderkonferenz
der Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder
am 11. Juni 2026 in Schönefeld**

Beschluss

TOP 1.2 Schienenverkehrsinfrastruktur

1 Eine moderne und leistungsfähige Schienenverkehrsinfrastruktur ist von zentraler Be-
2 deutung für die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Ostdeutschlands. Dazu gehören
3 die Wettbewerbsfähigkeit, die Mobilität der Bevölkerung, die Anbindung ländlicher
4 Räume und das Hafenhinterland, der Strukturwandel in den Braunkohleausstiegsregi-
5 onen Ostdeutschlands und die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands. Die Regierungs-
6 chefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder fassen daher folgenden Be-
7 schluss:

8

- 9 1. Die ostdeutschen Länder begrüßen das Vorhaben der Bundesregierung, die Schie-
10 nenverkehrsinfrastruktur in Ostdeutschland, auch in Richtung Polen und Tsche-
11chien, weiter auszubauen und den Sanierungsstau zeitnah zu beheben. Sie fordern
12 die Bundesregierung auf, diese im Koalitionsvertrag auf Bundesebene verankerten
13 Vorhaben mit der gebotenen Dringlichkeit, unbürokratisch und unter Einbeziehung
14 der ostdeutschen Länder schnellstmöglich auf den Weg zu bringen. Sie bitten den
15 Bund insbesondere, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen so-
16 wie die digitale und grenzüberschreitende Netzinfrastruktur weiter auszubauen.
17 Unter Verweis auf ihren Beschluss vom 26. März 2026 bitten die Regierungschefin
18 und Regierungschefs der ostdeutschen Länder die Bundesregierung außerdem,
19 Transparenz hinsichtlich der beabsichtigten Verteilung der Mittel des Sonderver-
20 mögens Infrastruktur und Klimaneutralität herzustellen und in ihrem Berichtswesen
21 zum Einsatz der Mittel die länderscharfe Verteilung auszuweisen.

22

- 23 2. Die Leistungsfähigkeit der Schienenverkehrsinfrastruktur muss deutlich erhöht
24 werden. Dazu zählen Maßnahmen wie die Sanierung und Elektrifizierung beste-
25 hender Strecken und der Ausbau eingleisiger Abschnitte sowie die Reaktivierung
26 stillgelegter Strecken. Mit Verweis auf ihren Beschluss vom 26. März 2026 fordern
27 die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder die Bundes-
28 regierung erneut dazu auf, ihre Ankündigung, die Verkehrsinfrastruktur nach Polen
29 zügig auszubauen, mit Nachdruck umzusetzen. Dazu sollten grenzüberschreitende
30 Bahnstrecken hinsichtlich ihrer Bedarfseinstufung entsprechend neu evaluiert wer-
31 den, insbesondere damit Abschnitte wie Berlin – Küstrin/Kostrzyn – Gorzów (Ost-
32 bahn), Lübeck – Neubrandenburg – Stettin (Szczecin), Dresden – Görlitz (Zgor-
33 zelec) oder Danzig (Gdańsk) – Berlin – Stettin (Szczecin) bei den laufenden Über-
34 prüfungen zum Bedarfsplan eine stärkere, umsetzungsorientierte Priorität erlan-
35 gen. Zudem muss eine Förderung im Zusammenhang mit dem transeuropäischen
36 Verkehrsnetz (TEN-V) ermöglicht werden.
- 37
- 38 3. Die Neubaustrecke Dresden-Prag als Bestandteil des TEN-V-Korridors ist ein es-
39 sentieller Streckenabschnitt der Hochgeschwindigkeitsverbindung Berlin-Prag-
40 Wien. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder for-
41 dern, dass der Bund die notwendigen Mittel für die Neubaustrecke Dresden – Prag
42 ab 2027 in den Bundeshaushalt einbringt, damit der seit über einem Jahr unter-
43 schriftsreife deutsch-tschechische Staatsvertrag zeitnah unterzeichnet wird. In die-
44 sem Zusammenhang sei auch an den Ausbau und die Elektrifizierung der Sachsen-
45 Franken-Magistrale mit ihrer Weiterführung nach Prag erinnert.
- 46
- 47 4. Notwendige Infrastrukturprojekte, wie die Generalsanierung der Hamburger Bahn
48 oder der Ausbau der Lehrter Stammbahn, stellen eine große Herausforderung für
49 Pendlerinnen und Pendler dar. Die Bundesregierung wird aufgefordert dafür Sorge
50 zu tragen, dass Großprojekte innerhalb des kommunizierten Zeitrahmens fertigge-
51 stellt und adäquate Ersatzverkehre bereitgestellt werden. Sollten sich Verzögerun-
52 gen ergeben, sind diese den betroffenen Ländern transparent und frühzeitig ver-
53 bunden mit geeigneten Vorschlägen für Ersatzmaßnahmen zu kommunizieren.

54

- 55 5. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder bitten den
56 Bund, wie im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbart, die Nutzen-Kosten-
57 Untersuchungen für Dekarbonisierungsmaßnahmen im Rahmen des Gemeinde-
58 verkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) ersatzlos zu streichen, um den rückstän-
59 digen Elektrifizierungsgrad zügig zu erhöhen.
- 60
61 6. Die ostdeutschen Länder verweisen auf den entscheidenden Anteil einer leistungs-
62 fähigen Schieneninfrastruktur für den Strukturwandel in den Braunkohleausstiegs-
63 regionen. Von den Ländern unverschuldete Planungsverzögerungen in Verbindung
64 mit den bei Beschluss des Investitionsgesetzes Kohleausstieg (InvKG) nicht vor-
65 hersehbaren enormen Kostensteigerungen, die unter anderem aus den hohen Ri-
66 sikoaufschlägen des Bundes resultieren, bedrohen die Umsetzung zahlreicher im
67 InvKG festgeschriebener Schieneninfrastrukturvorhaben, wie beispielsweise Berlin
68 – Cottbus – Görlitz und S-Bahn Leipzig – Zeitz – Gera, und führen zu einem Ver-
69 trauensverlust in eine ausreichende Unterstützung des Strukturwandels durch den
70 Bund. Die ostdeutschen Länder fordern den Bund deshalb auf, die Planungen der
71 im InvKG avisierten Strecken zu forcieren und für die Vorhaben Baurecht zu schaf-
72 fen.
- 73
74 7. Die ostdeutschen Länder verweisen mit Blick auf die aktuell hohe Belastung zent-
75 raler Achsen auf entsprechende Ausbaubedarfe. Wesentliche Nord-Süd- und Ost-
76 West-Verbindungen sind wichtige Pfeiler für Handel und Sicherheitskooperationen
77 in Europa. Dies betrifft insbesondere die Achse von Hamburg bzw. Rostock und
78 Schwerin über Magdeburg und Halle nach Erfurt. Zudem wird die Bedeutung der
79 grenzüberschreitenden Schienenverbindungen in Richtung Ukraine sowie die Wie-
80 deraufnahme der Direktverbindung der Hauptstädte Berlin – Kiew und des Ausbaus
81 alternativer Strecken wie Dresden-Görlitz-Kiew betont. Mit Blick auf die Militärlogis-
82 tik, welche Deutschland als NATO-Drehscheibe bereitstellen muss, ist es erforder-
83 lich, nicht nur die Strecken zu ertüchtigen, sondern auch die Sicherung und den
84 Ausbau von Brücken und anderen Ingenieurbauwerken, wie beispielsweise
85 Elbquerungen in Magdeburg, auf diesen Achsen vorzusehen.
- 86

- 87 8. Die ostdeutschen Länder fordern die Bundesregierung mit Verweis auf ihren Be-
88 schluss vom 25. September 2025 auf, für alle als „Vordringlicher Bedarf“ im Be-
89 darfsplan Schiene gelisteten oder gleichwertig eingestuften Projekte die erforderli-
90 chen Finanzierungsvereinbarungen mit der DB InfraGO AG unverzüglich abzu-
91 schließen. Dies gilt insbesondere für ausstehende Elektrifizierungsvorhaben von
92 Regionalstrecken. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen
93 Länder erwarten, dass der Bund zu seinen Finanzierungszusagen steht und der
94 Deutschen Bahn die Mittel für die Planung und Durchführung der Maßnahmen zur
95 Verfügung stellt. Verzögerungen führen zu vermeidbaren Kostensteigerungen und
96 gefährden die zeitgerechte Vergabe von SPNV-Leistungen, da die infrastruktursei-
97 tige Antriebsentscheidung unmittelbare Auswirkungen auf die Fahrzeugbeschaf-
98 fung der Länder hat.
- 99
- 100 9. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder fordern die
101 Bundesregierung auf, insbesondere die Elektrifizierung der Mitte-Deutschland-Ver-
102 bindung (MDV) als zentrale Ost-West-Achse zwischen Thüringen und Sachsen un-
103 verzüglich umzusetzen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die ausstehende
104 Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund und DB InfraGO AG für die Elektrifizie-
105 rung unverzüglich abzuschließen. Eine zeitnahe Klärung ist konstitutiv für den zwei-
106 gleisigen Ausbau und für die in 2026 anstehende SPNV-Ausschreibung der Ver-
107 kehrsleistungen ab 2030, deren Antriebsentscheidung unmittelbar von der Elektri-
108 fizierungsentscheidung des Bundes abhängt. Die ostdeutschen Länder erwarten,
109 dass die MDV den ihr zukommenden Stellenwert im vordringlichen Bedarf erhält
110 und im Sinne des Beschlusses der MPK-Ost vom 25. September 2025 ohne wei-
111 tere Verzögerung realisiert wird.
- 112
- 113 10. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder bitten den
114 Bund ferner auch die zugesagte Finanzierung für die Umsetzung des seit Längere-
115 m als vordringlichen Bedarf im Bedarfsplan Schiene gelisteten Ausbaus der Ei-
116 senbahnstrecke Berlin – Sassnitz (Vorpommernmagistrale) sicherzustellen.
- 117
- 118 11. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder begrüßen die
119 klare Positionierung des Bundes zum Programm „Digitale Schiene Deutschland“
120 (DSD) im Rahmen der „Agenda für zufriedene Kunden auf der Schiene“. Vor dem

121 Hintergrund, dass der Schienengüterverkehr eine Schlüsselrolle für Klimaschutz,
122 wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, militärische Mobilität und die Resilienz der Lie-
123 ferketten einnimmt, fordern sie den Bund auf, schnellstmöglich die inhaltlich ange-
124 passte Förderrichtlinie für die Bundesförderung der bundesweiten ERTMS-/DSD-
125 Fahrzeugausrüstung für Vorserien- und Serienfahrzeuge im Amtsblatt zu veröffent-
126 lichen und Fördermittel entsprechend vorzusehen.

127
128 12. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder unterstrei-
129 chen die Notwendigkeit einer guten Schienenanbindung von Flughäfen wie Berlin-
130 Brandenburg, Leipzig/Halle, Dresden und Erfurt-Weimar. In diesem Zusammen-
131 hang sehen sie es als zwingend an, dass alle bedeutsamen Flughäfen für Passa-
132 gier- und Frachtverkehr optimal in das nationale und europäische Fernverkehrsnetz
133 integriert werden müssen. Für zukunftssichere Verkehrsknoten in Ostdeutschland
134 sind schnelle, umsteigearme und barrierefreie Schienenverbindungen zwischen
135 Flughäfen, wichtigen Oberzentren und Innovationsstandorten wesentlich. Die Bun-
136 desregierung wird gebeten, Ausbau und Modernisierung einschließlich der Elektri-
137 fizierung des Schienennetzes zu priorisieren, auf leistungsfähige Direktverbindun-
138 gen hinzuwirken sowie bestehende Engpässe und Umsteigezeiten durch gezielte
139 Infrastrukturmaßnahmen deutlich zu verringern.

140
141 13. Die Regierungschefin und Regierungschefs der ostdeutschen Länder stellen fest,
142 dass sich der Bahnfernverkehr zunehmend auf ICE-Schnellstrecken konzentriert.
143 Dies darf aber nicht dazu führen, dass Verbindungen zwischen Großstädten in der
144 Fläche zunehmend ausgedünnt werden. Vor diesem Hintergrund halten sie es für
145 erforderlich, neben den ICE-Schnellstrecken schnelle Fernverkehrsangebote über
146 mehrere Länder hinweg zu sichern oder wieder neu vorzusehen. Sie bitten die Bun-
147 desregierung, ein Modell ähnlich wie in anderen europäischen Staaten zu prüfen,
148 womit einzelne Linien oder Netze gezielt ausgeschrieben und subventioniert wer-
149 den, sofern diese nicht im Rahmen des freien Marktes bedient werden können.